

Studie fordert mehr leichte Sprache

Untersuchung zur Medienlandschaft

BERLIN/KNA. Zwölf Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland werden von politisch und gesellschaftlich wichtigen Informationen kaum erreicht. Aus diesem Grund fordert eine Studie der Universität Eichstätt und der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung mehr Engagement von Medien für Angebote in Leichter und Einfacher Sprache.

Rund 6,2 Millionen Erwachsene gelten in Deutschland als gering literalisiert und können nur einfache Darstellungen in Video, Audio oder Texten verstehen. Für diese Gruppe seien klassische Medienangebote, die über politische und gesellschaftliche Ereignisse informieren, oft unverständlich, heißt es in der Studie. Die Untersuchung empfiehlt daher, das Konzept der „Leichten Sprache“ verstärkt im Journalismus einzusetzen.

Infos zu Wahlen

Für die Studie unter Leitung der Kommunikationswissenschaftlerin Friederike Herrmann wurden qualitative Interviews mit Betroffenen geführt. „Dabei zeigte sich: Fast alle Interviewten messen den Medien und speziell dem Journalismus eine große Bedeutung bei“, so Herrmann. Die journalistischen Angebote seien jedoch oft nur schwer verständlich, dies sei besonders häufig bei der Politikberichterstattung und insbesondere bei Zeitungstexten der Fall.

Bereits bestehende Medienangebote wie „Nachrichtenleicht“ vom Deutschlandfunk oder die „Tagesschau in Einfacher Sprache“ bewerteten die Befragten positiv, so die Studie. Allerdings seien „viele dieser Formate noch zu wenig bekannt oder gerade für die Zielgruppe schwer auffindbar“. Besonders wichtig war den Befragten ein serviceorientierter Journalismus, der die gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Dazu gehören laut Studie vertiefende Erklärungen zu politischen Wahlen, beispielsweise zum Umgang mit Wahlunterlagen.

6,2

MILLIONEN ERWACHSENE in Deutschland gelten als gering literalisiert – für sie wäre eine leichte Sprache besonders wichtig.

Konzepte anpassen

„Für eine demokratische Gesellschaft ist es ein großes Problem, wenn politisch und gesellschaftlich wichtige Informationen 12 Prozent der erwachsenen Bevölkerung kaum erreichen“, so Herrmann weiter. „Unsere Studie bietet erste Anhaltspunkte dafür, wie die Konzepte Leichter und Einfacher Sprache an den Journalismus angepasst werden können.“



Einige Nachrichtenformate wie die Tagesschau gibt es bereits in einfacher Sprache.

FOTO: DPA

Sozialgericht kassiert Verordnung

Träger der Behindertenhilfe hatten geklagt.

HALLE/DPA. Sachsen-Anhalt versucht derzeit, die Behindertenhilfe neu aufzustellen. Eine Übergangsregelung für die Zeit bis zu einem neuen landesweiten Rahmenvertrag ist nun aber vom Landesozialgericht in Halle kassiert worden. Im Eilverfahren setzte das Gericht in drei Musterverfahren den Vollzug der Regelungen einstweilig aus, wie ein Gerichtssprecher in Halle mitteilte. Die formellen Voraussetzungen zum Erlass der Verordnung lagen nach Ansicht des Senats nicht vor.

Geklagt hatten Leistungserbringer aus der Behindertenhilfe. Bis ein neuer Rahmenvertrag verhandelt ist, gelten nun die Regelungen des vom Sozialministerium gekündigten Vertrags aus dem Jahr 2019. Die Eilentscheidungen gelten formal nur zwischen den jeweiligen Verfahrensbeteiligten, so der Gerichtssprecher. Laut Sozialministerium sind diverse weitere Antragsteller vor Verwaltungsgerichten erfolglos geblieben. Das Ziel sei weiterhin, einen neuen Vertrag zu verhandeln.

Akteure aus der Behindertenhilfe und Sozialministerium verhandeln schon lange über einen neuen Vertrag, der Leistungen und Finanzierung regelt. Das Land will die Kostensteigerungen bremsen. 2023 erhielten 30.820 Personen Eingliederungshilfe. Für dieses Jahr sind 711 Millionen und für 2026 weitere 723 Millionen Euro eingeplant.

In Kürze

Parteienfusion abgeschlossen

HALLE/MZ. Die Fusion der Freien Bürger Mitteldeutschlands (FBM) und der Partei des Fortschritts (PdF) auf Landesebene ist abgeschlossen. Die FBM geht im Bundesverband der PdF auf und bildet künftig den PdF-Landesverband Sachsen-Anhalt. Wie aus einer Pressemitteilung der Partei hervorgeht, sind die beiden Mansfeld-Südharzer Andreas Koch (Mansfeld) und Silke Seifert (Wippra) die Landesparteisprecher und vertreten die PdF-FBM nach außen. Zum Vorsitzenden des neuen Parteivorstands wurde der 35-jährige Sekundarschullehrer Felix Neumann aus Naumburg gewählt.

Telefonforum

Am Mittwoch, dem 8. Oktober, geht es von 10 bis 13 Uhr am Lesertelefon um das Thema **Anerkennung und Rehabilitation von SED-Unrecht.** Die SED ließ in der DDR politisch Andersdenkende einsperren, Jugendliche in Werkhöfe einweisen, verweigerte ihnen Bildungswege und Berufsschlüsse. Die Stasi bespitzelte Menschen. Viele erlitten dadurch gesundheitliche Schäden. Der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Johannes Beileites, und die Berater Christian Teuber, Kristin Meier und Michaela Gieseler beraten am Telefon unter anderem über mögliche Ansprüche auf Entschädigung.

Rufen die kostenfrei an:
Telefon: 0800/644908540,
0800/644908541,
0800/644908542,
0800/644908543

Riedel lockt Lehrer zur Arbeit

Die verpflichtende Extra-Arbeit ist gerichtlich gekippt – doch mehr als 70 Prozent der Stunden werden nun freiwillig geleistet. Eine Überraschung gibt's beim Streitthema Skikurse.



„Wir halten das für ein ganz starkes Zeichen“: Bildungsminister Jan Riedel (CDU).

FOTO: ULI LÜCKE

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Sachsen-Anhalts Lehrer haben in den vergangenen Wochen tausendfach Vereinbarungen zur freiwilligen Mehrarbeit unterschrieben. Laut Landesbildungsminister Jan Riedel (CDU) können so wöchentlich 9.111 Unterrichtsstunden abgedeckt werden. „Wir halten das für ein ganz starkes Zeichen des Berufsstandes der Lehrkräfte in unser Bildungsland hinein, dass es wichtig ist, für unsere Kinder Unterricht vorzuhalten“, sagte Riedel.

Die freiwilligen Vereinbarungen sollen die sogenannte Vorgriffsstunde ersetzen, die das Bundesverwaltungsgericht Anfang September für rechtswidrig erklärt hatte (siehe Infokasten). Nach dem Urteil richtete Riedel eine Bitte an alle Lehrer, die gerichtlich gekippte Stunde im Interesse der Schüler nunmehr freiwillig zu absolvieren. Aus Sicht des Ministeriums ist das gelungen. Aktuell werde für jede einzelne Schule geprüft, ob die Stundentafeln abgedeckt werden können. Man gehe aber davon aus, dass der Wegfall der Vorgriffsstunde „weitgehend ausgeglichen werden kann“, erklärte ein Ministeriumssprecher.

Einige Schulen voll versorgt

Die Vorgriffsstunde brachte laut Minister Riedel pro Woche zusätzlichen Unterricht in Höhe von 12.500 Stunden. Die nun freiwillig zugesagten 9.111 Stunden kompensieren das zwar nur zu 73 Prozent. Laut Minister müsse aber eingerechnet werden, dass die verpflichtende Vorgriffsstunde auch dort geleistet wurde, wo das zur Unterrichtsabdeckung eigentlich

So kam es zur Gerichtsschlappe in Leipzig

Die Landesregierung ist in der Bredouille, weil sie seit Jahren zu wenig Lehrer hat, um den vorgeesehenen Unterricht zu erteilen. Eine Lösung sollte die sogenannte Vorgriffsstunde sein, die Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) im Frühjahr 2023 ankündigte. Alle Lehrer wurden verpflichtet, wöchentlich eine Stunde länger zu arbeiten. Umgesetzt wurde das per Verordnung durch die dama-

lige Bildungsministerin Eva Feußner (CDU).

Im September dieses Jahres erklärte das Bundesverwaltungsgericht die Regelung jedoch für unwirksam. Die Vorgriffsstunde sei vom Landesbeamtengesetz nicht gedeckt, urteilte das Gericht – insbesondere gebe es dort keine Grundlage für eine Auszahlung der Mehrarbeit. HEI

nicht nötig war. „25 Prozent der Schulen haben über 100 Prozent Unterrichtsversorgung“, sagte Riedel. Dort sei es auch nicht nötig, freiwillige Mehrarbeit zu vereinbaren. „Jetzt wird Arbeitsvermögen dort generiert, wo es benötigt wird“, sagte Riedel.



„Wir erwarten, dass auch für Feiertage gezahlt wird.“

Eva Gerth
Landesvorsitzende der GEW
FOTO: DPA

Auf Nachfrage wollte der Minister gleichwohl nicht ausschließen, dass die Landesregierung die Vorgriffsstunde auf rechtlich sauberer Grundlage erneut einführt. „Das ist nicht meine A-Variante“, sagte Riedel. „Nichtsdestotrotz prüfen wir, ob wir uns diese Möglichkeit erhalten.“ Die pauschal angeordnete Mehrarbeit sei bei den Lehrkräften auf wenig Akzeptanz gestoßen. Wenn es gelinge, den Unterricht durch freiwillige Mehrarbeit abzudecken, sei das der bessere Weg.

Lob für Riedel – wenngleich mit einer Einschränkung – kommt von der Lehrgewerkschaft GEW. „Freiwillige Mehrarbeit ist viel passgenauer, und es ist auch motivierender, wenn man weiß, dass man es für die eigene Schule tut“, sagte GEW-Landeschefin Eva Gerth. „Viele Lehrkräfte empfinden die Extra-Arbeit als anstrengend, sehen aber, dass es nötig ist.“ Auch die Bitte von Minister Riedel habe manchen überzeugt.

Die GEW fordert aber auch eine Nachbesserung. So werde eine verabredete Mehrarbeitsstunde zwar

dann vergütet, wenn sie wegen Krankheit nicht geleistet wird, nicht aber dann, wenn sie auf einen Feiertag fällt. „Wir erwarten, dass auch für Feiertage gezahlt wird“, sagte Gerth.

Eine überraschende Neuerung kündigt Minister Riedel für den Sportunterricht an. Durch einen Erlass will er die im Sommer heftig umstrittenen Skikomplettkurse nicht nur erhalten, sondern sogar auf weitere Wintersportarten ausweiten. Einen „Winterkomplettkurs“ außerhalb der Landesgrenzen sollen Schüler künftig auch für Skilanglauf, Eishockey und Rodelsport absolvieren dürfen.

Kehtwende bei Skikursen

Riedels Amtsvorgängerin Eva Feußner (CDU) hatte im Frühsommer angeordnet, dass die meist in Österreich oder Südtirol absolvierten Skikurse als Teil des Sportunterrichts nicht mehr erlaubt sind. Sie begründete das mit den dafür benötigten Lehrerstunden und den vom Land getragenen Reisekosten für die Lehrer. Riedel will nun stattdessen eine Personalobergrenze einziehen: Auf jeweils 15 Schüler darf maximal eine Lehrkraft sowie eine weitere befähigte Person kommen, etwa ein vor Ort angeheuerter Skilehrer oder ein früherer Schüler.

So hätten es viele Schulen schon bislang praktiziert, sagte Riedel – es habe aber auch einzelne Schulen gegeben, wo mehr Sportlehrer mitgereist seien und dadurch Unterricht ausgefallen sei. „Da mussten wir nachsteuern“, sagte Riedel. Der Minister war Ende Juni ernannt worden und absolvierte am Montag seinen 100. Tag im Amt. **Kommentar**

Löst Paracetamol Autismus aus?

Uniklinik Halle kritisiert Aussagen von US-Präsident Trump.

VON LISA GARN

HALLE/MZ. Paracetamol ist eines der am häufigsten eingesetzten Schmerz- und Fiebertmittel. Doch US-Präsident Donald Trump hat nun die Einnahme in der Schwangerschaft mit Autismus in Verbindung gebracht. Der Grund: Studien, die einen Zusammenhang zwischen Paracetamol und einem erhöhten Autismus-Risiko bei Kindern nahelegen. Mediziner reagieren mit scharfer Kritik. „Was Trump behauptet, ist schlicht unwahr“, sagt Dr. Marcus Riemer, Leitender Oberarzt der Universitätsklinik und Poliklinik für Geburtshilfe der Uniklinik Halle. „Paracetamol ist das Schmerzmittel Nummer eins in der Schwangerschaft. Es ist ein gut dokumentiertes, sicheres Medikament.“ Es gebe keine Belege, dass der Einsatz bei Schwangeren das Autismus-Risiko erhöhe.

Wie beim Storch

„Die Studien, auf die sich Trump bezieht, zeigen einen statistischen Zusammenhang, aber keinen kausalen.“ Das sei entscheidend. „Zwei Dinge treten gleichzeitig auf, das bedeutet aber nicht, dass das eine das andere bedingt.“ Darauf hätten auch Studienautoren ausdrücklich verwiesen. Riemer führt das „Storchenphänomen“ an, ein Beispiel für einen Scheinzusammenhang. „In ländlichen Regionen ist die Geburtenrate höher, dort leben auch mehr Störche als in Städten. Und trotzdem bringt der Storch nicht die Kinder.“ Paracetamol werde bei



Marcus Riemer, Leitender Oberarzt an der Uniklinik Halle
FOTO: UJK

leichten Schmerzen und Fieber eingesetzt, so Riemer. Die Dosierung sei dieselbe wie bei Nichtschwangeren. Er sagt auch: Paracetamol habe Nebenwirkungen, bei zu langer und zu hoher Dosierung könne das Medikament die Leber schädigen. „Man sollte es so kurz wie möglich einsetzen. Das trifft aber auf alle Schmerzmittel zu.“

Bessere Diagnostik

Die Behauptung, dass Paracetamol in der Schwangerschaft schädigen könne, ist nicht neu, sagt Riemer. „Auch ADHS wurde in Zusammenhang gestellt, weil mehr Fälle von ADHS auftreten. Aber: Wir haben nicht mehr Kinder mit ADHS oder Autismus, sondern die Diagnostik ist besser. Es wird häufiger diagnostiziert.“ Einflussfaktoren seien aber andere.

Riemer kritisiert das Vorgehen Trumps: „Es ist gefährlich, wenn ein Staatsoberhaupt ohne medizinische Kompetenz solche Aussagen trifft. Und das auf Social Media, wo er eine große Reichweite generiert.“ Er erreiche dort auch viele junge Frauen mit Kinderwunsch und verunsichere sie. „Das ist fatal, denn wir wissen: Werden Fieber oder Schmerzen in der Schwangerschaft nicht behandelt, erhöht sich das Risiko für Frühgeburten und andere Komplikationen.“ **Kommentar**

Landeselternrat kritisiert die AfD

Initiative zu Äußerungen von Lehrern stößt auf Unverständnis.

MAGDEBURG/DPA. Der Landeselternrat Sachsen-Anhalt wirft der AfD-Fraktion vor, das Vertrauen in Schulen, Lehrkräfte und die politische Bildung schwächen zu wollen. Man nehme mit Verwunderung zur Kenntnis, dass die AfD eine vermeintliche ideologische Einflussnahme an Schulen ein verbreitetes strukturelles Problem, so der Landeselternrat. „Diese Darstellung verkennt die Realität an

Initiative jede sachliche Grundlage.“

Die AfD-Landtagsfraktion will Lehrern das Äußern von politischen Meinungen im Unterricht untersagen. „Lehrkräfte nutzen Freiräume, um ihre persönlichen politischen Einstellungen an Schüler weiterzugeben. Damit überschreiten sie ihre eigentliche pädagogische Rolle“, heißt es in dem Antrag, der am Freitag im Parlament in Magdeburg beraten werden soll.

Mit dem Antrag werde der Eindruck erweckt, als sei politische Einflussnahme an Schulen ein verbreitetes strukturelles Problem, so der Landeselternrat. „Diese Darstellung verkennt die Realität an

unseren Schulen und stellt die Arbeit vieler engagierter Lehrkräfte in ein falsches Licht.“

Politische Bildung sei keine Beeinflussung, sondern Kernauftrag von Schule in einer demokratischen Gesellschaft. Lehrerinnen und Lehrer vermittelten jungen

Menschen, wie man argumentiere, Meinungen bilde und sich respektvoll austausche. „Genau das schützt unsere Demokratie.“

Auch die Linke übte Kritik am AfD-Vorstoß. „Wenn die AfD Sachsen-Anhalt Lehrkräften das Wort verbieten will, dann geht es nicht um Neutralität – sondern darum, Demokratie zum Schweigen zu bringen. Schulen brauchen Haltung, keine Angst vor Meinung“, teilte die Partei mit.

Die AfD-Fraktion hat mit kontroversen Anträgen zuletzt immer wieder für Aufsehen gesorgt. So forderte sie etwa, die Werbekampagne des Landes mit dem Slogan „#moderndenken“ durch das Motto „#deutschdenken“ zu ersetzen.

„Diese Darstellung verkennt die Realität.“

Stellungnahme des Landeselternrats



Nr. 152/25
Magdeburg, 08. Oktober 2025

Sachsen-Anhalt richtet mit neuem Landesrahmenvertrag die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen neu aus

Magdeburg. Sachsen-Anhalt richtet die Eingliederungshilfe neu aus. Nach vielen Verhandlungsrunden und einer abschließenden, siebenstündigen Sitzung am gestrigen Tag haben sich das Sozialministerium und die Verbände der Leistungserbringer auf einen neuen Landesrahmenvertrag verständigt. Dieser regelt künftig die Erbringung von Leistungen für der Eingliederungshilfe.

Der erzielte Kompromiss soll zeitnah umgesetzt werden. Dazu werden die Leistungserbringerverbände nun ein formelles Zustimmungsverfahren in ihrer jeweiligen Mitgliedschaft durchführen, bevor der Rahmenvertrag unterschrieben werden kann.

Sozialministerin Petra Grimm-Benne: „Der neue Rahmenvertrag wird die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt deutlich stärken. Nach eineinhalb Jahren intensiver Verhandlungen konnten wir einen Abschluss erzielen, mit dem es uns gelingt, das Bundesteilhabegesetz und die UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen-Anhalt gezielter als bisher umzusetzen. Mein Dank gilt allen Verhandlungspartnern. Der neue Rahmenvertrag ist nichts weniger als ein Paradigmenwechsel. Durch maßgeschneiderte und flexible Angebote wollen wir die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt spürbar verbessern.“

„Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen im neuen Landesrahmenvertrag einen wichtigen Schritt zur Herstellung dringend benötigter Rechtssicherheit für die Träger und für Menschen mit Behinderung. Wir hätten uns im Sinne der Qualität der Betreuung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein besseres Ergebnis gewünscht. Dieser Kompromiss stellt aktuell das maximal Erreichbare dar.“, so Katja Fischer, Vorsitzende des Vorstandes LIGA der Wohlfahrtsverbände.

Zu den Inhalten:

Im Mittelpunkt des neuen Landesrahmenvertrags stehen mehr Teilhabe, Selbstbestimmung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Verantwortlich: Pressestelle MS
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 567-4612
-4608
Fax: (0391) 567-4622
Email: MS-Press@ms.sachsen-anhalt.de
Internet: www.ms.sachsen-anhalt.de

PRESEMITTEILUNG

Jeder Mensch, ob mit oder ohne Behinderung, hat Anspruch auf einen individuellen Lebensentwurf. Das Bundesteilhabegesetz sieht daher vor, dass Menschen mit Behinderungen nicht länger als homogene Gruppe mit standardisierten Angeboten betrachtet werden. Ihre Wünsche und Vorstellungen bei der Gestaltung von Teilhabeleistungen werden künftig verbindlich berücksichtigt. Ein zentraler Bestandteil des neuen Rahmenvertrags ist daher die Modularisierung der Leistungen. Dadurch wird eine stärker personenzentrierte Unterstützung anstelle pauschaler Komplexleistungen ermöglicht. „Wir gehen weg vom einrichtungsbezogenen Denken und bisherigen Pauschalleistungen hin zu individuellen Bedarfen und Wünschen. Künftig soll es mehr um echte Teilhabe jedes einzelnen Menschen gehen. In der sozialen Teilhabe können die benötigten Leistungen individuell aus Modulen zusammengestellt werden, um passgenau die Unterstützung zu erhalten, die für ein selbstbestimmtes Leben notwendig ist“, so die Ministerin. Leistungsumfang und Inhalte werden künftig über einen transparenten Leistungskatalog festgelegt, wie ihn das Bundesteilhabegesetz vorsieht. Künftig soll beispielsweise eine leistungsberechtigte Person, die in einer eigenen Wohnung lebt, gezielt verschiedene Leistungen unterschiedlicher Anbieter auswählen können – etwa Assistenz im Alltag oder Unterstützung bei Freizeitaktivitäten. Damit verabschiedet sich das Land vom einrichtungsbezogenen Denken und standardisierten Angeboten hin zu individuell zugeschnittenen Leistungen. Der personenzentrierte Ansatz soll sicherstellen, dass jeder Mensch mit Behinderung in Sachsen-Anhalt die Möglichkeit erhält, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Zugleich sollen mehr Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten geschaffen werden. Dafür sieht der neue Rahmenvertrag den Abschluss von Zielvereinbarungen mit Werkstätten für Menschen mit Behinderungen vor, um Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gezielt zu fördern und zu realisieren. „Unser Ziel ist es, mehr Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Dieser Schritt zahlt sich auch für Unternehmen aus, die alle Arbeitsmarktpotenziale ausschöpfen müssen, um ihren Fachkräftebedarf zu decken“, so die Ministerin.

Hintergrund:

Um die Eingliederungshilfe neu auszurichten, hatte das Land den entsprechenden Rahmenvertrag zum Jahresende 2024 gekündigt. Für den Übergang bis zum Abschluss der Verhandlungen hatte das Kabinett in Magdeburg eine Übergangsverordnung beschlossen, die am 1. Januar 2025 in Kraft trat. Rechtsgrundlage dafür ist § 131 Abs. 4 SGB IX. Somit wurde und wird gewährleistet, dass alle Menschen ihre Leistungen nahtlos weiter erhalten.

Zu betonen ist, dass auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen mitnichten ein Sparkurs durchgeführt wird. Im Jahr 2021 sind Ausgaben in Höhe von 572 Millionen Euro getätigt worden, 2023 sind es 658 Millionen gewesen, für 2025 sind rund 711 Millionen Euro sowie für 2026 rund 723 Millionen Euro eingeplant.

Angeln für alle

Forelle am Haken, Spannung am Ufer: Beim inklusiven Fischfangen in Weißenfels erleben Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsame Erfolgsmomente. Ein Projekt, das mehr ist als nur der Sport mit der Rute.

VON JULIUS LUKAS

Plötzlich geht ein Ruck durch die Angel. Die Sehne strafft sich. „Da ist einer dran“, sagt Katrin Heerdegen – und Pierre Meiss beginnt aufgeregt zu zittern. „Fisch“, ruft er dann so laut, dass ihn alle Angler am Teich selbst dann hören könnten, wenn sie Ohropax in den Ohren hätten. Und noch einmal, gleiche Lautstärke: „Fisch“.

Als Pierre Meiss dann zum dritten Ruf ansetzen will, holt Heerdegen den 25-Jährigen zurück in die Situation. „Durch das Rufen kommt der Fisch nicht an Land, du musst den Kescher holen.“ Aufgeregt sucht Meiss nun das Netz, findet es und hält es ins Zuchtgewässer der Fischerei Weißenfels (Burgenlandkreis). Wie dort zappelnd sichtbar wird, hängt eine Forelle am Haken. Meiss probiert sie zu keschern, doch dann erschläft die Sehne, der Fisch entschwindet ins dunkle Wasser. „Abgegangen, schade, aber das passiert nun mal“, sagt Heerdegen. Und Pierre Meiss schaut dem Tier traurig hinterher: „So ein Mist.“

Die Szene hat auch Dominik Führer beobachtet. Er betreut Pierre Meiss in einer Werkstatt für Behinderte in Sömmerda (Thüringen). „Bei uns arbeiten Menschen, die kognitive, emotionale und soziale Beeinträchtigungen haben“, erklärt er. Der Ausflug zum Angelteich sei eine Abwechslung vom Arbeitsalltag. „Wir sind zum dritten Mal dabei, und unsere Teilnehmer fragen schon das ganze Jahr über, wann wir wieder angeln gehen.“

Auslöser Special Olympics

Geübte Angler schwingen zusammen mit behinderten Menschen die Rute – dieses Fischfang-Event in Weißenfels ist in Sachsen-Anhalt in dieser Form einmalig. Es wird vom Inklusionsbüro des Burgenlandkreises veranstaltet. „Begonnen hat das so richtig mit den Weltspielen der Special Olympics“, erzählt Melanie Schembor, die das Teilhabemanagement beim Kreis leitet.

Bei der Sportveranstaltung für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung war der Burgenlandkreis 2023 Gastgeber für eine internationale Delegation. „Daran schloss sich ein Projekt an, bei dem wir gezielt nach Sportarten gesucht haben, die wir für Menschen mit Beeinträchtigung organisieren können“, berichtet Schembor. Das Angebot sollte dauerhaft etabliert werden können, Begegnungen ermöglichen und für so viele Personen wie möglich zugänglich sein. „Deswegen haben



Jeder kann mitmachen - dieser Gedanke steht im Vordergrund des inklusiven Angelns am Forellenteich in Weißenfels.

FOTOS (2): JULIUS LUKAS



Katrin Heerdegen (links) und Pierre Meiss befestigen einen Wurm.

wir bei den Einrichtungen im Behindertenbereich nachgefragt – und da kam ziemlich oft Angeln als Antwort zurück.“

Der Sport mit dem Haken ist beliebt. Das merkt man am Ufer des Teichs. „Als wir beim Kreisangelverein in Weißenfels gefragt haben, ob sie das Projekt begleiten wollen, waren die sofort dabei“, erzählt Schembor. Katrin Heerdegen bestätigt das. „Ich fand die Idee von Beginn an gut und wurde bei allen drei Ausgaben, die es bisher gab, auch nicht enttäuscht“, sagt die 57-Jährige.

Gerade hat sie mit Pierre Meiss einen neuen Haken an die Angel geknüpft, dann einen Wurm daran befestigt. Der schwimmt nun wie-



„Beim Angeln kann so ziemlich jeder mitmachen.“

Melanie Schembor
Teilhabemanagerin
FOTO: JULIUS LUKAS

der im Wasser. Die Pose, die noch aus dem Teich lugt, wird derweil angestrengt von Pierre Meiss beobachtet. „Die Teilnehmer sind richtig bei der Sache und geben sich Mühe – das macht viel Spaß“, sagt Heerdegen. Sie habe lange in der Behindertenhilfe gearbeitet, sei jetzt Betreuerin in einem Kinderheim. Für das Projekt nehme sie sich extra einen Tag frei. „Angeln ist als Sport reizvoll, weil es in der Natur stattfindet“, sagt sie. „Und am Zuchtteich gibt es schnelle Erfolgserlebnisse, die natürlich auch wichtig sind.“

Als Heerdegen das sagt, zuckt es plötzlich an der Pose. „Oh, jetzt“, ruft sie angesichts der gespannten Sehne ihrem Schützling zu. „Da ist einer dran.“ Der nächste Fisch hat angebissen, was Pierre Meiss zu einem erneuten Schrei der Entzückung animiert. „Alter“, ruft er erst. Und dann, so laut, dass es jeder am Teich hört: „Fisch.“

Angeln setzt Gefühle frei. Das gilt nicht nur für Pierre. „Es gibt Teilnehmer, da sagen uns die Betreuer, dass sie sonst immer mürrisch sind, den ganzen Tag schlecht drauf“, erzählt Melanie Schembor. Am Ufer des Teiches würden sie allerdings auftauen. „Da sind die dann wie ausgewechselt“, meint auch Dominik Führer.

Der Sport mit der Rute habe einen wichtigen Vorteil, ist Schembor überzeugt: „Er ist natürlich

sehr niedrigschwellig, so ziemlich jeder kann mitmachen.“ Bei beliebten Sportarten wie Fußball oder Reiten seien immer bestimmte Gruppen ausgeschlossen, erklärt die Teilhabemanagerin – so zum Beispiel die schwerst-mehrfach Behinderten. „Beim Angeln ist das nicht so, da können auch diese Menschen am Ufer sitzen und die Angel halten oder mindestens auf die Pose achten.“

Mehr Anfragen als Plätze

Fragt man die Teilnehmer rund um den Teich, dann ist das inklusive Angeln ein Erfolg – ausnahmslos alle wollen wiederkommen. „Wir haben jedes Jahr mehr Anmeldungen als Plätze“, sagt Schembor. Deswegen werde jetzt geprüft, ob vielleicht noch mehr Angelvereine das Angebot übernehmen und beim Angeltag mitmachen wollen. „Und andere Landkreise haben auch schon interessiert nachgefragt.“

Für Pierre Meiss läuft der zweite Forellen-Biss besser als der erste. Behutsam holt der 25-Jährige den Fisch mithilfe von Katrin Heerdegen ans Ufer. Der Haken hält, die Forelle landet erst im Kescher und wenig später schon in Alufolie auf dem Grill. „Das hat sich doch gelohnt“, sagt Dominik Führer – und für Pierre Meiss ist jetzt schon klar: „Nächstes Jahr bin ich wieder dabei.“

Anklage nach Tod in Liebeszelle

Frau starb bei Besuch ihres Mannes im Gefängnis in Burg.

VON JAN SCHUMANN

BURG/MZ. Der Todesfall einer 35-jährigen Frau in der Justizvollzugsanstalt Burg (Jerichower Land) landet vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft Stendal hat Anklage wegen Totschlags gegen den Ehemann erhoben, wie sie der MZ bestätigte. Bei dem Angeklagten handelt es sich um einen 38-jährigen Häftling – seine Frau war im April während eines Besuchs bei ihm hinter Gittern gestorben.

Justizmitarbeiter hatten sie tot in einer sogenannten Liebeszelle gefunden. In solchen Gefängnisräumen können Häftlinge bei guter Führung Ehepartner und andere Familienmitglieder über Stunden hinweg empfangen. Langzeitzellen sind nicht kameraüberwacht. Sie sollen Gefangenen ermöglichen, eine enge Bindung zur Familie aufrechtzuerhalten – auch bei jahrelang dauernder Haftstrafe.

Bisher keine Aussage

Der Todesfall hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Er löste auch eine Debatte über die Sicherheit im Gefängnis in Burg aus. In Reaktion auf den Todesfall hatte die Gefängnisleitung geplante Langzeitbesuche zunächst gestoppt. Ein halbes Jahr nach dem Tod der Frau gehen die Ermittler allerdings nicht davon aus, dass ihr Mann sie ermorden wollte. Stattdessen lau-



In der JVA Burg ist eine Frau in einer „Liebeszelle“ gestorben. FOTO: DPA

tet die Anklage auf Totschlag. Die Obduktion hatte damals ergeben, dass die Frau aus dem Altmärkischen Kreis Salzwedel durch „Gewalt gegen den Hals“ gestorben war. Sie soll erwürgt worden sein. Der Angeklagte habe sich gegenüber Ermittlern bisher nicht zum Tod seiner Frau geäußert, so die „Magdeburger Volksstimme“. Sie hatte zuerst über die Anklage berichtet.

Nach MZ-Recherchen hatte es im Vorfeld des Todesfalls keine Anzeichen für drohende Gewalt durch den Angeklagten gegeben. Er saß demnach auch nicht wegen Gewaltdelikten in Haft. Er soll stattdessen unter anderem wegen Betrugs- und Untreuedelikten verurteilt sein.

Prozess könnte bald starten

Das Landgericht Stendal bestätigte gegenüber der MZ den Eingang der Anklage. Es prüft nun, ob es zum Prozess kommt. Dafür müssten die Richter eine überwiegende Wahrscheinlichkeit sehen, dass es zu einer Verurteilung des Angeklagten komme, sagte Landgerichtssprecher Michael Steenbeck der MZ. Üblicherweise wird über diese Frage innerhalb von Wochen oder weniger Monate entschieden. Damit könnte der Prozess möglicherweise noch in diesem Jahr am Landgericht Stendal starten.

Hände ans Steuer, nicht ans Handy

Die Polizei nimmt in dieser Woche verschärft Verkehrsteilnehmer ins Visier, die sich ablenken lassen.

MAGDEBURG/DPA. Auch Sachsen-Anhalt nimmt an der europaweiten Roadpol-Kontrollwoche „Focus on the Road“ teil. Dabei geht es laut dem sachsen-anhaltischen Innenministerium darum, auf Ablenkungen durch Smartphones und andere technische Geräte im Straßenverkehr aufmerksam zu machen. Auch Kopfhörer stehen bei der Aktion im Fokus. Seit Montag kontrollieren die Beamten verstärkt alle Verkehrsteilnehmer – auch Fahrradfahrer und Lkw – auf ihr Nutzungsverhalten.

Im Jahr 2024 wurden bei einer gleichnamigen Aktion fast 5.000 Fahrzeuge kontrolliert und 120 illegale Nutzungen von Handys, Tablets und Laptops festge-



Nur mal schnell die Mails checken: Das Handy während der Fahrt zu bedienen, kann gefährlich werden. FOTO: DPA

stellt. Unfallforscher, Polizei und Politik warnen immer wieder, dass Ablenkung im Straßenverkehr unterschätzt werde. Geht der Blick auch nur kurz weg von der Straße, fahren Menschen mehrere Meter im Blindflug. Die Konsequenz: Im Notfall bleibt dem Verkehrsteilnehmer keine Zeit, um auf Unvorhergesehenes im Straßenverkehr zu reagieren.

Der Zusammenschluss europäischer Polizeien im „European Roads Policing Network“ (Roadpol) versucht eigenen Angaben zufolge mit solchen Kontrollaktionen, die Anzahl von Verkehrstoten und Schwerverletzten zu reduzieren. Denn geteilte oder reduzierte Aufmerksamkeit führe zu mehr

Unfällen, bekräftigt auch das Innenministerium.

Die Straßenverkehrsordnung untersagt die Nutzung sämtlicher Funktionen von Smartphones und anderen technischen Geräten, wenn diese dafür aufgenommen und gehalten werden. Bei Verstößen werden mindestens 100 Euro und ein Punkt in der Verkehrssünderkartei in Flensburg fällig. Bei Sachbeschädigung sind sogar 200 Euro, zwei Punkte sowie ein Monat Fahrverbot fällig. Ablenkung durch Smartphones werden in der Unfallstatistik nicht erfasst. Experten schätzen, dass jeder dritte Unfall durch Ablenkung verursacht wird. Vermutlich geben das in den seltensten Fällen Unfallfahrer zu.